

DARMSTADT Links

DIE LINKE.
DARMSTADT
STADTVERORDNETENFRAKTION



FÜR NEUE SOZIALE IDEEN

TEL: 0 61 51/66 90 310 FAX: 0 61 51/66 90 533

INHALT

SEITE 2

7. Juni:
Bürger entscheiden einmal selbst
Schulbau-Sanierungsprogramm
Anschlag auf LinksTreff
Rolle rückwärts

SEITE 3

„Service-Wüste“ ARGE
Darmstadt braucht Informations-
freiheit
Oberbürgermeister entdeckt Speck
Wunder der Statistik

SEITE 4

Mayo und Lambarene
Einsparungen .zu Lastender Beschäftigten

Immer mit den Ärger Fahrerscheinautomaten



Vertuscht und unter den Teppich gekehrt.

VON RAINER KEIL / DKP

Fraktions-Vorsitzender DIE LINKE Darmstadt

LINKS GEDACHT

Finanzblase platzt auch in den Kommunen

Seit Jahren finanzieren die diversen Bundesregierungen die Steuervorteile für die Reichen und Konzerne u. a. damit, dass sie den Kommunen die Mittel vorenthalten, die diese zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen. Diese Finanznot hat vor etwa fünf Jahren eine Reihe von Kommunalparlamenten veranlasst, mit sogenannten Cross-Border-Leasing-(CBL)-Geschäften der Stadt die "finanzpolitische Handlungsfähigkeit" (so einer der Akteure) zumindest für kurze Zeit zu sichern. Auch in Darmstadt wurde, unbeachtet von der Öffentlichkeit, Straßenbahnen angeschafft und über dieses „Modell“ abgewickelt. In die Karten gucken lassen sich die Verantwortlichen nicht - die Einzelheiten dieses Vertrages (Laufzeiten, Konditionen,...) sind nicht bekannt.

Nun ist diese Blase geplatzt. Sie war einfach zu stark aufgeblasen, und mit diesen Scheingeschäften haben alle CBL-Beteiligten dazu ihren Beitrag geleistet. Auch die CBL-Kommunen sind dabei vom Opfer zum Täter mutiert.

Die Zeche werden die Bürger zahlen, doppelt und dreifach.

Durch die Scheingeschäfte schummelten die "Investoren" Milliardengewinne am US-amerikanischen Fiskus vorbei und gaben einige Krümel ihres Gewinns an die deutschen Vertragspartner weiter. Abgewickelt wurden diese Geschäfte mit Hilfe gut dotierter Berater und Versicherungsgiganten wie der US-amerikanischen AIG oder deutscher Landesbanken.

DIE LINKE.

Ist Ihnen das auch schon passiert? Sie benutzen den ÖPNV, wollen sich im Bus oder der Straßenbahn der HEAG mobilo einen Fahrchein ziehen, und der nette Automat spuckt stattdessen zwei aus. Oder der Automat wirft Fahrscheine anderer Tarifgebiete aus. Wir waren selbst verwundert, dass diese Zustände bei weitem keine Einzelfälle sind.

Alles nicht so schlimm? Für den Fahrgast mag dies noch gelten, für den betroffenen Fahrer / die betroffene Fahrerin sieht das anders aus. Ihnen werden die Fehlbuchungen nämlich angelastet - nach eigenen Berechnungen kommen da Beträge zusammen, die bis zu 7 Euro pro Woche dem Fahrer / der Fahrerin unberechtigt angelastet werden.

Kleine Anfrage

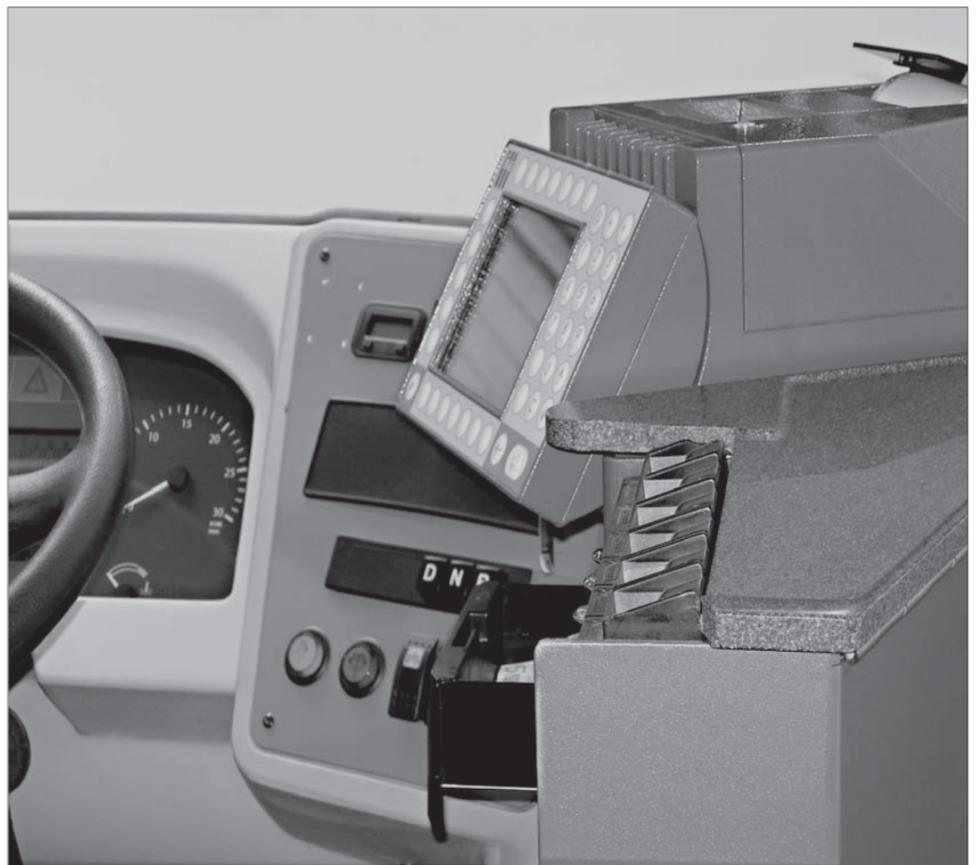
Wir haben diesen Missstand, der uns von Fahrgästen der HEAG mobilo geschildert wurde, zum Anlass genommen, um mit einer kleinen Anfrage beim zuständigen Dezernenten nachzuhaken.

Wir wollten wissen, ob dem Magistrat dieses Problem bekannt ist, welche Firmen an der Entwicklung des Fahrkartensystems beteiligt waren, wie mit den Defiziten in den Abrechnungen der Fahrer/Fahrerinnen verfahren wird und ob an einer Aktualisierung der nicht ordnungsgemäß arbeitenden Systeme gearbeitet wird.

Nach der Einbringung der kleinen Anfrage am 14.12.2008 und einem Zwischenbescheid am 18.12.2008 („Es müssen noch ergänzende Informationen eingeholt werden“) erhielten wir dann am 21.01.2009 von Stadtrat Feuchtinger (Grüne) folgende „Antwort“:

Nein, dem Magistrat war dieses Problem nicht bekannt. Deswegen wurde eine Stellungnahme der HEAG mobilo GmbH eingeholt. Die Antwort vom 12. Januar 2009 lautet wie folgt: „Die HEAG mobilo GmbH sieht sich nur dann veranlasst, den Magistrat der Stadt Darmstadt über firmeninterne technische Angelegenheiten zu informieren, sofern diese Angelegenheiten von Seiten der HEAG mobilo GmbH als schwerwiegend erachtet oder als hohes Risiko eingestuft werden. Das ist hier nicht der Fall.“

Und weiter: „Diese Fragen sind unzulässig, da sie sich nicht auf eine gemeindliche Angelegenheit beschränken, sondern auf die Tätigkeit der HEAG mobile GmbH als städtische Gesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit beziehen.“



Im Klartext: Hier wird vertuscht und unter den Teppich gekehrt.

Dazu passt auch eine anonyme Information, die uns darüber unterrichtet hat, dass unsere kleine Anfrage auf Seiten der Geschäftsleitung von HEAG mobilo zu hektischen Aktivitäten geführt hat. Allerdings nicht um die angesprochenen Mängel abzustellen - sondern um die „Informanten“ ausfindig zu machen.

Stellt sich die Frage, was der Grund ist für Vertuschung und Verschleierung, warum man so intensiv nach „Verrätern“ sucht?

Internetrecherche

Laut Internetrecherche (HEAG mobilo war nicht bereit auf unsere Frage nach den Herstellerfirmen zu antworten) werden die Fahrcheindrucker von der Firma Improdi GmbH & Co KG hergestellt und vertrieben. Über das von der Firma Vedisys bereitgestellt Vertriebsdatenmanagement werden die Daten in einem Datenpool gesammelt und den Verkehrsunternehmen zur

Verfügung gestellt. Partner dieser Unternehmen ist die Firma BSV GmbH mit Sitz in Griesheim bei Darmstadt. Einer der beiden Geschäftsführer ist oder war Projektleiter bei der HEAG mobilo. Ob dies der Grund für die bescheidene Reaktion der Geschäftsleitung von HEAG mobilo ist, lässt sich nicht zweifelsfrei beweisen. Ein „Gschmäcke“ aber bleibt.





7. Juni: Bürger entscheiden einmal selbst

WERNER KRONE / DKP

Fraktionsmitarbeiter DIE LINKE DA

Das hat es in Darmstadt noch nie gegeben: Weitaus mehr als 10 Prozent aller Wahlberechtigten haben in Darmstadt innerhalb einer Frist von nur 6 Wochen ihre Unterschrift geleistet. Sinn dieses Begehrens war es, eine Abstimmung über ein umstrittenes Großvorhaben zu erzwingen. Mehr und mehr wird klar, dass die geplante Nordostumgehung so ziemlich das Letzte ist, was Darmstadt braucht.

Zu offensichtlich sind die Mängel an Schulen und Schwimmbädern, an Straßen, Brunnen und Grünanlagen. Und so mancher, der seine Unterschrift gegeben hat, wird an andere Großprojekte gedacht haben: das Darmstadttium oder den geplanten ICE-Bypass. Der zweite Schritt der demokratischen Teilnahme, der „Bürgerentscheid“ soll nun parallel zur Europawahl am

7. Juni stattfinden. Es darf nicht sein, dass geringe Wahlbeteiligung bei den Befürwortern die Korken knallen lässt. Denn auch diesmal ist die Hürde hoch: Ein Viertel aller Wahlberechtigten muss für die Initiative mit „Ja“ stimmen!

Darmstadt macht Mut

Nun hat auch eine Bürgerinitiative in Egelsbach weit mehr Unterschriften als erforderlich gesammelt für einen Bürgerentscheid gegen den Flugplatzverkauf an einen Investor. Die in Egelsbach startenden Flugzeuge sind zwar privat, deren Lärm aber ist durchaus öffentlich. Und die Kelsterbacher sammeln Unterschriften wegen des im Gemeinderat beschlossenen Waldverkaufs an die FAG. Gerade in unserem Ballungsraum ist Landschaft nicht noch unbegrenzt vorhanden. Der Rückzug in stadtnahe Erholungsgebiete muss weiter möglich

sein. Und Nachtruhe ist unbezahlbar.

Der Bürgerentscheid passt gut ins Jubiläumsjahr des Grundgesetzes: Mehr Demokratie wagen!



Ein Ja zum Bürgerentscheid
Ein Nein zur Nordostumgehung



Schulbau-Sanierungsprogramm

ULI FRANKE / DIE LINKE

DIE LINKE Darmstadt

Pünktlich zur Stadtverordnetenversammlung am 26. März 2009 machten Bürgerinnen und Bürger vor der Versammlung mit Fotos auf die Situation an den Darmstädter Schulen aufmerksam.

Grund dafür war eine Magistratsvorlage die den Zwischenbericht zur Schulbausanierung zum Inhalt hatte und auf der Tagesordnung stand. Leider konnte man beim Lesen dieser Vorlage sehr schnell zu der Erkenntnis kommen dass, diese doch recht unübersichtlich ist. Dies merkten nicht nur die Oppositionsparteien an, auch die verschiedensten Sprecherinnen und Sprecher der Ampelkoalition stellten dies fest. Stadtrat Molter begründete dies mit der Eile in der diese Zwischenbericht, angefertigt wurde. Dies

ist aber von daher nicht zu akzeptieren, da dieser Bericht von allen Oppositionsfractionen schon seit mehreren Monaten immer wieder angefordert wurde. In diesen Monaten wurde man immer wieder vertröstet, mit der Bemerkung, der Zwischenbericht wäre in Arbeit.

Kommen wir aber nun zu Zahlen. In den Jahren zwischen 2003 und 2008 sind rund 44 Millionen Euro in die Schulbausanierung geflossen. Ärgerlich ist hier, dass es immer wieder zu Haushaltsresten kam. Hier zwei Beispiele: im Jahr 2007 waren dies rund 3,5 und im Jahr 2008 rund 4,5 Millionen Euro. Dieses Geld wäre an den Schulen besser aufgehoben gewesen. Die eigentliche Misere wird aber bei der folgenden Zahl klar. Bis zum Jahr

2020 sind weitere 220 Millionen Euro nötig um die Sanierung der Schulen zum Abschluss zu bringen. Allein aus dieser Zahl ist zu erkennen wie es wirklich um die Schulen in Darmstadt steht.

UNSERE MEINUNG

Die unvorstellbare Zahl von 220 Millionen ist aber leicht zu erklären. Die Stadtregierung hat in der Vergangenheit wohl andere Projekte für wichtiger gehalten als die Sanierung der Schulen und hierfür die Steuergelder ausgegeben. Aber es scheint, als habe man hier nicht viel dazu gelernt. Wie könnte man sonst noch an einem recht fragwürdigen Projekt wie der Nord-Ost-Umgehung festhalten. Die Millionen, die man hierfür auszugeben bereit ist, wären an unseren Schulen wohl besser aufgehoben.



STADTVERORDNETENFRAKTION / DARMSTADT

Anschlag

auf LinksTreff Georg Fröba

In der Nacht vom 30. auf 31. Januar 2009 verübten Unbekannte einen Anschlag auf den LinksTreff Georg Fröba in Darmstadt. Mit mehreren Pflastersteinen wurde die Schaufensterscheibe zerstört.

Der LinksTreff Georg Fröba ist das Fraktionsbüro der Stadtverordnetenfraktion Die Linke. Darmstadt und der Kreistagsfraktion Die Linke/DKP Darmstadt-Dieburg. Er wird vom DKP Kreisverband Darmstadt-Dieburg, dem Kreisverband Darmstadt der Partei Die Linke sowie von anderen linken Gruppen wie der Roten Hilfe, der gewerkschaftlichen Arbeitsloseninitiative GALIDA und der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-BdA) genutzt. Er ist nach dem antifaschistischen Widerstandskämpfer Georg Fröba benannt, der von den Faschisten 1944 in Frankfurt-Preungesheim ermordet wurde.

Schon Ende des Jahres 2008 war es zu Farbschmierereien gekommen. „Wir vermuten einen Anschlag aus dem rechtsextremistischen Milieu. Der Zeitpunkt ist sicherlich kein Zufall“, erklärt Rainer Keil, Fraktionsvorsitzender der Stadtverordnetenfraktion Die Linke Darmstadt. Am 30. Januar jährte sich zum 76ten Mal der Jahrestag der Machtübertragung an Hitler und die NSDAP.

Der feige und hinterhältige Anschlag stellt eine neue Qualität rechtsextremistischen Auftretens in Darmstadt dar. Nach etlichen Aktivitäten in Südhessen, speziell an der Bergstraße wollen die Neofaschisten wohl auch in Darmstadt selbst Fuß fassen. Dass sie dies bei Nacht und Nebel tun zeigt aber, dass sie sich ihrer Sache nicht sicher sind.

Deshalb kann es nur heißen: Keinen Fußbreit den Faschisten! In Darmstadt und anderswo!



Rolle rückwärts

KARL-HEINZ BÖCK / DIE LINKE

Fraktionsmitarbeiter DIE LINKE Darmstadt

In der letzten Stadtverordnetenversammlung 2008 wurden mit der Mehrheit der Ampelkoalition erstmals Gebühren für den Leseausweis zur Stadtbibliothek beschlossen.

Begründet wurde dies durch die angespannte Finanzlage der Kulturinstitute.

In Zukunft sollte der Leseausweis jährlich für Erwachsene 10€ kosten, für Studenten, Erwerbslose, Wehr- und Zivildienstleistende sowie für Rentner und Sozialhilfeempfänger sollte eine Ermäßigung von 50% gewährt werden.

In der Debatte machte unsere Fraktion klar, dass sie dieser Vorlage die Zustimmung verweigern würde. Für uns war es nicht einsichtig, Bildung, die durch die bisherige Gebührenfreiheit der Stadtbibliothek für jeden zugänglich war, zu erschweren und für einige sogar unmöglich zu machen.

Zwar ging es hier nicht um Beträge, die die sich vielleicht niemand mehr leisten könne, aber für eine Stadt, die sich im Beinamen immer Wissenschaftsstadt nennt, hielten wir diese Entscheidung für falsch. Im Blick hatten wir auch bildungsferne Schichten,

für die die neuen Gebühren sicher keine Erleichterung wären, den Zugang zu einer Bibliothek zu finden. Die Koalition interessierte sich aber nicht für unsere Einwände und setzte die Magistratsvorlage, die eine Einsparung von 100 000 € bedeutete und auch im Wirtschaftsplan 2009 berücksichtigt war, mit ihrer Mehrheit durch.

Aber so ganz falsch konnten unsere Einwände wohl nicht gewesen sein. Pünktlich zur ersten Stadtverordnetenversammlung 2009 lag ein Antrag der Ampelkoalition vor, der die Rücknahme der Gebühren zumindest teilweise vorsah. Komplette gebührenfrei sollen in Zukunft wieder diejenigen sein, die unter eine Ermäßigung fallen. Diesem Antrag konnten auch wir folgen, zumal er unseren Einwänden der vorangegangenen Debatte folgte.

UNSERE MEINUNG

Nicht nachvollziehbar ist es für uns, dass hier erst ein erneuter Antrag vonnöten war. Die Koalition handelte wie so oft: Bevor man der Opposition Recht gibt, bessert man lieber nach und verschenkt Zeit.



„Service-Wüste“ ARGE

VERENA HOPPE / GALIDA

Fraktionsmitarbeiterin DIE LINKE DA

Das seit 1. Oktober 2008 von der ARGE Darmstadt beauftragte telefonische Call-Center in Wetzlar bereitet – wie in unserer letzten Fraktionszeitung bereits berichtet – nach wie vor Probleme.

Laut Sozialdezernent Jochen Partsch (Grüne) hat sich die sogenannte telefonische „Erreichbarkeitsquote“ des Call-Centers ausdrücklich nicht verbessert.

Die Menschen, die zwecks einer kurzfristigen telefonischen Klärung mit dem zuständigen Personal der ARGE in Verbindung treten wollen, landen in endlosen Warteschleifen.

Gelingt es ihnen endlich mit dem Call-Centerpersonal in Wetzlar verbunden zu werden, ist keineswegs garantiert, dass ihr Begehrt auf schnellstem Wege bearbeitet wird.

Die Persönlichen Ansprechpartner (PAPs) der ARGE Darmstadt sind angehalten, die entsprechenden E-Mail Benachrichtigungen aus Wetzlar in einer 48-Stunden-Frist abzuarbeiten.

Vielfach ist jedoch den besagten E-Mails nicht zu entnehmen, was das konkrete Anliegen der Betroffenen

ist. Zwangsläufig müssen vermeidbare Missverständnisse telefonisch oder schriftlich aus dem Weg geräumt werden. Missverständnisse die, hätten die Betroffenen die Möglichkeit gehabt ihre PAPs direkt zu erreichen, gar nicht erst aufgetreten wären.

Dieses Dilemma wird, wie der Geschäftsführer der ARGE Darmstadt, Herr Günter Eidmann versicherte, andauern. Die Mindestlaufzeit des Call-Centervertrages zwischen der Bundesagentur für Arbeit (BA) und der ARGE beträgt ein Jahr. Somit ist bis Oktober 2009 keine Besserung in Sicht.

UNSERE MEINUNG

Sollten Sie Probleme mit dem Call-Center der ARGE in Wetzlar haben, wenden Sie sich vertrauensvoll an die Darmstädter Verantwortlichen.

Den Sozialdezernenten Partsch erreichen Sie unter seiner Dienstnummer: 13-2855.

Der Geschäftsführer der ARGE Darmstadt, Herr Eidmann, ist unter der 42854-501 (-502) erreichbar.



Darmstadt braucht Informationsfreiheit

SIEGFRIED OETTMEIER

Fraktionsmitarbeiter DIE LINKE Darmstadt

Es kann viele Gründe geben, etwas von der Stadt wissen zu wollen: wieso ein Antrag nicht genehmigt wurde, wie sich die Höhe Ihrer Kanalgebühr oder eines Erschließungsbeitrages erklärt oder welche Firmen zu welchen Preisen Straßenpflaster angeboten haben. Dies regelt für die Bundesebene wie in über 50 anderen Staaten seit Anfang 2006 auf Bundesebene ein Informationsfreiheitsgesetz. Auf Länderebene gibt es ein solches Gesetz bereits in Berlin, NRW, Hamburg und Bremen. In Hessen wird zur Zeit darum gerungen. Auf der Kommunalebene dagegen Fehlanzeige!

Dabei brauchen die gesetzlichen Regelungen nicht neu erfunden, sondern mit einem Beschluss nur übertragen werden. Wir hatten hierzu einen An-

trag in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht:

„Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, ob das Informationsfreiheitsgesetz des Bundes sinn- und wortgemäß auf die Stadt Darmstadt übertragen werden kann. Die Prüfung soll auch die Anwendung dieses Gesetzes auf Eigen- und Beteiligungsbetriebe beinhalten. Der Stadtverordnetenversammlung ist nach Abschluss zu berichten.“

UNSERE MEINUNG

Evtl: Dieser Antrag wurde vor drei Jahren von uns eingebracht und abgelehnt! Zum 60. Jahrestag des Grundgesetzes werden wir ihn wieder einbringen: Mehr Demokratie wagen!



Unerwünscht: Informationsfreiheitsgesetz



Oberbürgermeister entdeckt Speck

SIEGFRIED OETTMEIER

Fraktionsmitarbeiter DIE LINKE Darmstadt

In der Stadtverordnetenversammlung am 18.12.2008 stand die Diskussion und Verabschiedung des städtischen Haushalts für das Jahr 2009 auf der Tagesordnung. Die finanzielle Situation der Stadt ist wie bekannt angespannt. Das Wort „Sparen“ machte öfter die Runde - man werde sich in Zukunft von Leistungen verabschieden müssen, die nicht zum Kernbereich städtischer Aufgaben gehören. Wie dieser „Kernbereich städtischer Aufgaben“ zu definieren ist blieb, allerdings im Dunkeln.

Oberbürgermeister Walter Hoffmann meldete sich zum Schluss der Haushaltsdebatte mit einer tollen Erkenntnis zu Wort. Darmstadt habe „viel Speck angesetzt in bestimmten Bereichen.“ <Freundlicherweise?> hat der OB auch gleich die Definition von „Speck“ mitgeliefert. „Welche Stadt in der Republik leistet sich noch eine Schule, die pharmazeutisch-technische Ausbildung betreibt?“ (wir berichteten in der letzten Ausgabe). Kein einziger Auszubildender werde von der Stadt beschäftigt, nur acht Prozent der Auszubildenden kämen aus Darmstadt.

Eine interessante Rechnung - wenn man sie als Maßstab an andere städtische Projekte anlegt. Es wäre interessant zu erfahren, wie viel Prozent der Nutzer des „darmstadtiums“ Darmstädter Bürgerinnen und Bürger sind. Das sieht der OB aber anders, trotz Millionenzuschuss für die Betriebskosten: „(...) Draußen

wird das aus meiner Sicht heraus in großen Teilen der Bevölkerung schon anders gesehen, da fängt man langsam schon an auch stolz darauf zu werden, dass meine Stadt eine solche Schachtel hat.“ Warum ist er nicht stolz auf die Möglichkeit einer kostengünstigen, für viele mit wenig im Geldbeutel unerlässliche Ausbildungsmöglichkeit. Und alle, die diese Sichtweise kritisieren sind laut Walter Hoffmann nur am „jammern, sind depressiv und klagen und meckern“.

Realität

Die Realität ist eine andere. Für Walter Hoffmann und die politische Klasse, der er angehört, haben Prestigeobjekte oberste Priorität. Sie sind der Inbegriff ihres städtischen Leitbildes. Alles andere ist Speck. Soziale Probleme werden als lästiges Beiwerk wahrgenommen oder werden verdrängt. „Wir sind eine starke Stadt, eine wirtschaftlich starke Stadt, ich sage dies mal an dieser Stelle, weil einige das Gefühl haben, wir befinden uns in irgendwelchen Slums oder Hinterlandsquartieren...“

UNSERE MEINUNG

Was also tun gegen Speck?

Da hilft nur eine ordentliche Diät - für Walter Hoffmann und die politische Klasse Darmstadts. Gelegenheiten werden sich eröffnen - parlamentarisch und außerparlamentarisch.



Wunder der Statistik oder wie man Erfolgsmeldungen produziert

FRANK GERFELDER / DIE LINKE

Fraktionsmitarbeiter DIE LINKE Darmstadt

Am 12. Januar titelte eine uns allen bekannte hiesige Regionalzeitung auf ihren Lokalseiten, dass im Jahr 2008 die Zahl der Hartz IV-Bezieher in Darmstadt um sage und schreibe 20 Prozent gesunken sei.

Dies – nennen wir es mal ein prozentrechnerisches Wunder – sei, so verkündete Sozialdezernent Jochen Partsch (Grüne), der Konjunktur und der „Vermittlungsleistung“ der ARGE Darmstadt geschuldet.

Auslöser der Pressemitteilung des Sozialdezernenten dürfte eine kleine Anfrage unserer Fraktion gewesen sein. Im August 2008 forderten wir Herrn Partsch auf, sogenannte „Controllingberichte“ der Darmstädter ARGE, wie sie z.B. in Groß-Gerau veröffentlicht werden, zumindest den Stadtverordneten zugänglich zu machen.

Inhalte dieser „Controllingberichte“ sind u.a. Zu- und Abgänge in Zeitarbeit, 1-Euro-Jobs, Maßnahmen sonstiger Art und Vermittlungen in den ersten Arbeitsmarkt.

Die Grundlage der besagten Pressemeldung des Sozialdezernenten bildet das zeitgleich von ihm publizierte „Datenblatt zur sozialen Grundsicherung“. Dieses enthält jedoch nichts anderes als den Kreisreport der Bundesagentur für Arbeit (BA), der jederzeit frei zugänglich ist. In diesem Datenblatt wird u.a. die statistische Entwicklung der sogenannten „erwerbsfähigen Hilfebedürftigen“ (eHb) im Jahr 2008 dargestellt.

Von Januar bis November sank deren Zahl um 801 Personen auf 4.056. Dies entspricht einem Rückgang von 16,5 Prozent.

Die Anzahl der „eHb“ beinhaltet jedoch nicht die sogenannten „Ausnahmetatbestände“.

Dieser außergewöhnliche Personenkreis ist zwar faktisch arbeitslos, wird aber nicht im Rahmen besagter Statistik erfasst. Hierzu zählen die „Aufstocker“, die arbeiten, aber so wenig verdienen, dass sie auf zusätzliche Hartz IV-Leistungen angewiesen sind. Eben-

so Arbeitslose, die eine vorübergehende Erkältung bekommen und arbeitsunfähig geschrieben werden, fallen heraus. Gleiches gilt für sogenannte „Maßnahmeteilnehmer“, Schulabgänger und Studenten, die einen Ausbildungsplatz suchen sowie für Menschen, die zwar arbeitslos sind aber keine Leistungen erhalten und sich länger als drei Monate nicht mehr beim zuständigen Amt gemeldet haben. Diese Statistikregeln bewirken, dass ein steigender Erfassungs- und Dokumentationsgrad die „Ausnahmetatbestände“ quasi lückenlos erfasst.

Genau darauf zielte die Anfrage unserer Fraktion, die Herr Partsch bis heute nicht beantwortete, aber mit der Herausgabe des „Datenblattes“ in eine Art Erfolgsmeldung umdeklarieren wollte.

Nur zu dumm, dass am 13. Januar besagte Regionalzeitung in einer „Berichtigung“ klarstellen musste, dass im letzten Dezember 2008 12.500 Menschen in Darmstadt auf Hartz IV-Bezüge angewiesen waren, sich mithin die Quote der „Leistungsbezieher im Jahresverlauf nur um 6,7 Prozent verringert hatte. Von einem 20-Prozent-Wunder kann weit und breit nicht die Rede sein.

UNSERE MEINUNG

Bleibt zu hoffen, dass sich Sozialdezernent Partsch doch noch eines Besseren besinnt und die von uns geforderten „Controllingberichte“ zugänglich macht. Behauptet er doch selbst, dass „Transparenz und Übersichtlichkeit über dieses wichtige kommunale sowie sozial- und arbeitsmarktpolitische Handlungsfeld“ geboten sei. Umso mehr, weil er die Mitbürger jüngst durch die Presse wissen ließ: „Die Rezession wird auch uns treffen.“



Mayo und Lambarene

Einsparungen zu Lasten der Beschäftigten durch Leistungsverdichtung

WERNER KRONE/ DKP

Fraktionsmitarbeiter DIE LINKE DA

1992: Die Wende für die Krankenhäuser

Die deutschen Krankenhäuser werden nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) aus dem Jahr 1972 dualistisch finanziert. Die Investitionskosten werden durch öffentliche Förderung und die Betriebskosten durch die Patienten bzw. deren Kostenträger (Krankenkassen) aufgebracht. Trotzdem sitzen die Krankenhäuser in einer finanziellen Kelterpresse: Sie erhalten immer weniger Fördermittel von den Ländern für notwendige Investitionen in Gebäude und Großgeräte. Die Länder kommen damit ihrer gesetzlichen Pflicht einfach nicht nach. Dies wurde auch für das Klinikum durch die Antwort auf eine Kleine Anfrage unserer Fraktion bestätigt:

In den Jahren 2000 – 2007 gab das Land Hessen dem Klinikum Darmstadt 38,1 Millionen € für Investitionen. Im selben Zeitraum musste das Klinikum für Investitionen aber weitere 34,1 Millionen aufbringen. Auf den Punkt gebracht lässt sich feststellen, dass das Land dies Geld zu Lasten der Beschäftigten durch Leistungsverdichtung und zu Lasten der Patienten durch Minderpflege „gespart“ hat.

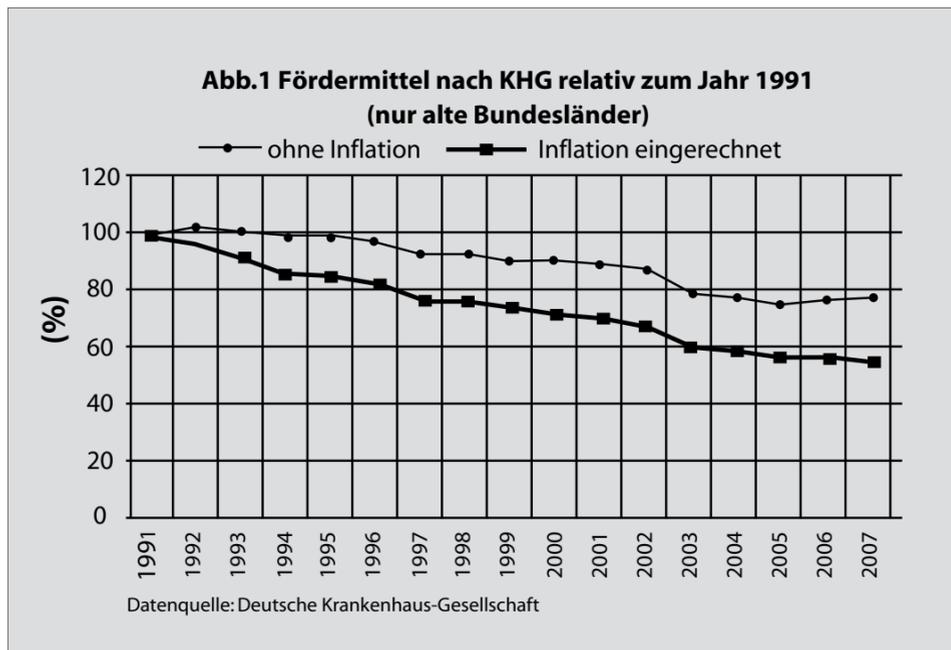


Die Fördermittel waren seit Inkrafttreten des Gesetzes zunächst kontinuierlich gestiegen und sind nach 1992 dramatisch gefallen (siehe Abb.1). Damit gab es für die Krankenhäuser nach dem Ende des Kalten Krieges keine Friedensdividende.

Das Geld dürfte zur Bezahlung von Steuerbescheiden wie Entfall von Vermögenssteuer missbraucht worden sein.

Krankenhäuser in der Schere

Durch die schon 1993 geltende Budgetdeckung und die ab 1996 eingeführte Fallpauschalierung haben die Krankenhäuser stetig Einnahmen verloren. Entgegen der landläufigen Meinung haben sie seit 1996 fast 33% der Einnahmen aus den gesetzlichen Krankenkassen eingebüßt. Die offiziellen Statistiken „vergessen“ stets die Inflation. Damit bekommen die Krankenhäuser sowohl weniger Investitions-

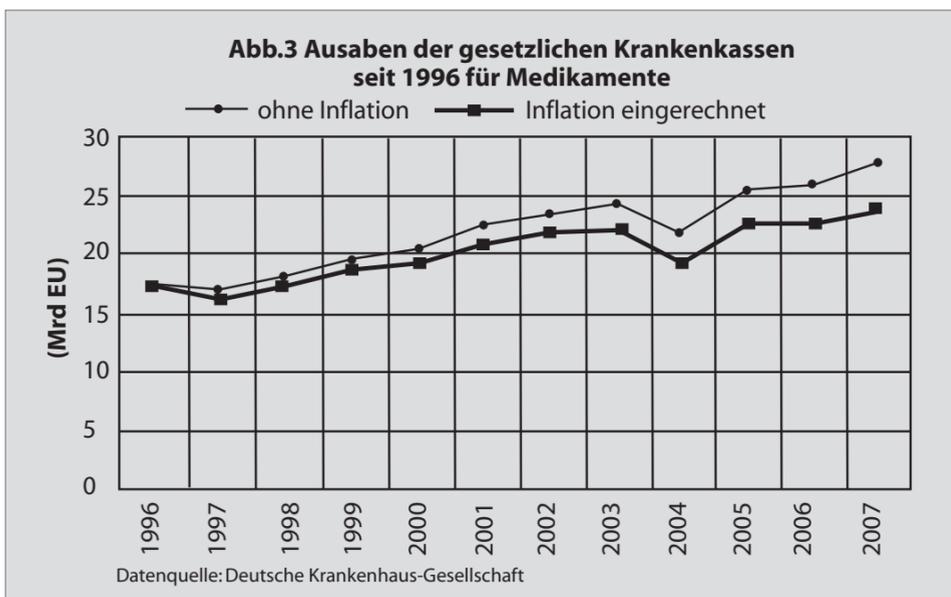


als auch Betriebsmittel.

als auch Betriebsmittel.

Die Geldpumpe

Wer nun wissen will, wo das Geld geblieben ist, vergleiche noch die Verluste bei den Krankenhäusern mit den anderen Ausgaben der Krankenkassen. Weder Ärzte noch Zahn-



ärzte waren die Gewinner, aber selbst inflationsbereinigt haben die Hersteller von Medikamenten und Verbandstoffen seit 1996 um fast 38% zugelegt.

Das Szenario

Dr. Ernst Bruckenberger, Verfasser zahlreicher Schriften zur Gesundheitsökonomie, stellte schon vor sechs Jahren fest:

„Die unzureichende Beachtung des enormen Investitionsbedarfs der Krankenhäuser durch die meisten Länder wird die unstrukturierte Privatisierung des Krankenhauswesens dramatisch beschleunigen. Privatisierung kann übrigens sowohl Änderung der Rechtsform als auch Trägerwechsel bedeuten. Mögliche Nachteile für eine flächendeckende bürgerliche stationäre und ambulante Versorgung sind nicht auszuschließen. Die „versorgungspolitische Philosophie“ der verschiedenen privaten Klinikketten unterscheidet sich merklich. Zu prüfen wäre, ob eine Versorgungsverpflichtung für eine definierte bürgerliche stationäre Versorgung eingeführt werden kann. Die mit der fehlenden öffentlichen Förderung verbundene indirekte Unterstützung finanzkräftiger privater Anbieter führt zu einem schleichenden, öffentlich nur unzureichend diskutierten, Ersatz des Prinzips der Daseinsfürsorge durch ein marktwirtschaftliches Krankenhausssystem...“*)

Bruckenberger sieht als Alternative größeres Engagement der Länder bei den Investitionen oder aber zunehmende Privatisierung. Und auf die abnehmenden Einnahmen aus den Kassen ist er dabei noch gar nicht eingegangen.

Was uns allen dann blühen kann, sind mit neuester medizinischer Technik ausgestattete Privatkliniken wie etwa die bekannten Mayo-Kliniken oder mit Altruismus und Spenden am Laufen gehaltene Urwaldkrankenhäuser wie Lambarene (mithelfende Angehörige von Patienten inklusive).

Prof. Michael Simon von der Fachhochschule Hannover stellt fest, was die Spatzen von den Dächern pfeifen:

UNSERE MEINUNG

Das Hauptproblem der gesetzlichen Krankenversicherung liegt nicht auf der Ausgabenseite, sondern auf der Einnahmeseite. Spätestens seit Mitte der 1990er Jahre sei bekannt, dass die Einnahmegrundlage der Krankenkassen schrumpft. Unter anderem durch die niedrigen Tarifabschlüsse, die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und das Anwachsen des Niedriglohnssektors sinkt der Anteil der beitragspflichtigen Einnahmen der Krankenkassenmitglieder am Bruttoinlandsprodukt immer weiter ab.

*) http://www.bruckenberger.de/planung/fpg_aufsatz/fpg_fin.pdf

ICH INTERESSIERE MICH FÜR DIE LINKE DARMSTADT

Bitte schicken Sie mir

Einladungen zu Treffen

per Post per Mail

Name, Vorname

ggf. Adresszusatz

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort



**DIE LINKE, DARMSTADT
STADTVERORDNETENFRAKTION
Landgraf-Philipp-Anlage 32
64283 DARMSTADT**

IMPRESSUM



Die Darmstadt Links erscheint in vier Ausgaben im Jahr. Auflage 12 000 Exemplare

LAYOUT & GESTALTUNG
Hans Ulrich Vergin
Keine Textkorrektur

**DIE LINKE, DARMSTADT
STADTVERORDNETENFRAKTION**

Landgraf-Philipp-Anlage 32
64283 DARMSTADT

BÜROZEITEN

Mo. 15:00 - 20:00 Uhr
Mi. 16:00 - 19:00 Uhr

**TEL : 0 61 51 / 66 90 310
FAX : 0 61 51 / 66 90 533**